

und Noppen 38.

3-Mustern 64.

94.

14

94.

184

184

22

94.

314

174

114

214

214

48.

48.

94.

94.

94.

94.

94.

94.

48.

48.

38.

74.

54.

114

124

114

174

114

114

114

114

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Redaktions-Direktor  
Herrmann-Baumgarten, Nr. 10011  
Schriftleitung u. Druckerei: H. K. K.  
Dresden - U. 1, Waisenstraße 22/23

Bezugspreis bei halbjährlicher Lieferung monatlich 2.50 RM. (einschließlich 20 % für Transport- und Postgebühren). Bei halbjährlicher Lieferung 12.50 RM. (einschließlich 20 % für Transport- und Postgebühren). Bei vierteljährlicher Lieferung 6.25 RM. (einschließlich 20 % für Transport- und Postgebühren). Bei monatlicher Lieferung 2.50 RM. (einschließlich 20 % für Transport- und Postgebühren). Bei Abnahme von 100 Exemplaren 1.50 RM. (einschließlich 20 % für Transport- und Postgebühren). Bei Abnahme von 500 Exemplaren 1.00 RM. (einschließlich 20 % für Transport- und Postgebühren). Bei Abnahme von 1000 Exemplaren 0.75 RM. (einschließlich 20 % für Transport- und Postgebühren). Bei Abnahme von 5000 Exemplaren 0.50 RM. (einschließlich 20 % für Transport- und Postgebühren). Bei Abnahme von 10000 Exemplaren 0.40 RM. (einschließlich 20 % für Transport- und Postgebühren). Bei Abnahme von 50000 Exemplaren 0.30 RM. (einschließlich 20 % für Transport- und Postgebühren). Bei Abnahme von 100000 Exemplaren 0.25 RM. (einschließlich 20 % für Transport- und Postgebühren). Bei Abnahme von 500000 Exemplaren 0.20 RM. (einschließlich 20 % für Transport- und Postgebühren). Bei Abnahme von 1000000 Exemplaren 0.15 RM. (einschließlich 20 % für Transport- und Postgebühren). Bei Abnahme von 5000000 Exemplaren 0.10 RM. (einschließlich 20 % für Transport- und Postgebühren). Bei Abnahme von 10000000 Exemplaren 0.08 RM. (einschließlich 20 % für Transport- und Postgebühren). Bei Abnahme von 50000000 Exemplaren 0.06 RM. (einschließlich 20 % für Transport- und Postgebühren). Bei Abnahme von 100000000 Exemplaren 0.05 RM. (einschließlich 20 % für Transport- und Postgebühren). Bei Abnahme von 500000000 Exemplaren 0.04 RM. (einschließlich 20 % für Transport- und Postgebühren). Bei Abnahme von 1000000000 Exemplaren 0.03 RM. (einschließlich 20 % für Transport- und Postgebühren). Bei Abnahme von 5000000000 Exemplaren 0.02 RM. (einschließlich 20 % für Transport- und Postgebühren). Bei Abnahme von 10000000000 Exemplaren 0.01 RM. (einschließlich 20 % für Transport- und Postgebühren).

Druck u. Verlag: H. K. K., Nr. 10011  
Dresden - U. 1, Waisenstraße 22/23  
Telefon: 10011  
Einschließung: 10011  
Einschließung: 10011  
Einschließung: 10011

## Stimmungswechsel in Amerika

### Die Front für Schuldentilgung wächst

London, 15. Jan. Der Washingtoner Berichterstatter des "Daily Telegraph" schreibt, die Artikel Mussolinis hätten in amerikanischen Kreisen nicht übersehen. Präsident Hoover habe immer wieder betont, daß der erste Schritt nicht von Washington, sondern von Europa ausgehen müsse. Nach seiner Ansicht sei es am besten, zu warten, bis sich die europäischen Mächte über die Tribute geeinigt hätten. Ein solches Vorgehen würde seine Stellung für den Fall stärken, daß späterhin die europäischen Mächte mit genauen Vorschlägen für eine Revision oder Streichung der Kriegsschulden an Amerika herantreten sollten. Hoover werde dadurch, daß er keinerlei Verantwortung für die Entscheidung in Europa habe, in die Lage versetzt,

noch einmal an den Kongress heranzutreten und ihn darauf aufmerksam zu machen, daß sich das amerikanische Parlament den Ereignissen in Europa nicht verschließen dürfe. Die öffentliche Meinung in Amerika, auf die Mussolini Bezug nehmen, verlange einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise und werde jeden Schritt aufheben, der von den erwählten Führern empfohlen werde. Die Amerikaner beurteilen zwar die Schuldfrage von einem anderen Gesichtspunkte aus als die Europäer, sie würden aber schließlich doch im Interesse des Landes eine Streichung der Kriegsschulden aufheben. Der Berichterstatter des "Daily Telegraph" stellt schließlich fest,

daß sich bezüglich der Meinung bemerkbar mache, die amerikanische Haltung noch einmal zu überprüfen.

Der "Daily Express" meldet aus New York, daß ein amerikanischer Frontwechsel in der Kriegsschuldenfrage als sicher betrachtet werde. Die Kongressmehrheit, die den Ideen Hoovers noch vor einem Monat feindselig gegenüber gestanden habe, werde ihre Stellungnahme erneut nachprüfen. Selbst die schärfsten Gegner einer Streichung oder Herabsetzung der Schulden hätten sich nach der letzten Erklärung, daß weitere Tributzahlungen unannehmlich seien, erkannt, daß eine Lösung gefunden werden müsse. In Washington spreche man bereits ganz offen die Ansicht aus,

daß den Vereinigten Staaten nichts anderes übrig bleiben werde, als entweder die Kriegsschulden freiwillig herabzusetzen oder überhaupt nichts zu erhalten.

Eine "Erhöhen"-Wendung aus Washington besagt, daß die Mussolini-Artikel in hohen Kreisen nur wenig Sympathie gefunden hätten. Die Kongressführer seien noch immer gegen eine Schuldentilgung und meinten, Europa

solle zahlen oder seine Zahlungsunfähigkeit erklären. In amtlichen Kreisen fühle man jedoch, daß eine Regelung der Tribut- und der Kriegsschuldenfrage dem Geschäftsleben helfen würde.

### Konkurrenzfurcht in England

London, 15. Jan. "News Chronicle" sagt in einem Leitartikel: Die beiden letzten Resierungen zum Reparationsstreit, die von Mussolini und die von Keynes, haben den großen Vorzug, daß sie sowohl klar als auch praktisch durchführbar sind. Aber trotz der vielleicht vorhandenen Fähigkeit Deutschlands, etwas zu bezahlen, würde es ungeschwer vorteilhaft sein,

wenn mit dem Schwamm über die ganze Schieferinsel geschwungen werden könnte.

Wie Sir Walter Raston dies am Mittwoch sagte. "Morning Post" führt zur Rede Rastons aus: Wenn Deutschland wieder zahlungsfähig ist, dann ist es nur recht und angemessen, daß es einen fairen Anteil an den allgemeinen Lasten übernimmt. Die Hauptaufgabe der Staatsmänner ist, die Mittel ausfindig zu machen, die eine solche Wiederaufnahme deutscher Zahlungen mit der Notwendigkeit in Einklang bringen, Deutschland vor dem Zusammenbruch zu retten. "Daily Mail" erklärt in einem Leitartikel: Eine völlige Beilegung der Reparationen würde Deutschland einen ungeheuren Vorteil geben.

Die britische Industrie könnte dann niemals hoffen, die Konkurrenz mit Deutschland auszuhalten.

In einem Aufsatz in der "Daily Mail" sagt Edmund Cardew, der Sohn des Vizekönigs des Vatikans, Lord Hohermeres: Wie auch die Regelung von Lausanne ausfallen werde, es sei unbedingt notwendig, daß England und Frankreich zusammenhalten.

### Beneduce und Buti in London

London, 15. Januar. Wie die Blätter melden, sind gestern die italienischen Finanzfachverständigen Professor Beneduce und Buti aus Paris in London eingetroffen. Sie haben in Paris mit dem französischen Finanzminister Hanlin und den Beamten des französischen Finanzministeriums die Reparationsfrage erörtert und suchen jetzt eine gleiche Aussprache mit dem Schatzkanzler und Sir Frederic Leith Rob.

## Ein unzulängliches Programm

### Keines für Vertagung der Endlösung

London, 15. Jan. In einem Artikel schreibt heute der bekannte Wirtschaftsbeobachter Keynes: An den Staatsmännern der Welt ist es jetzt die Frage zu behaupten, für die sie Sachverständigen haben sollten. Ich bin sicher, daß das britische Volk einmütig wünscht, daß die Regierung entschlossen für die völlige Streichung der Reparationen und der Kriegsschulden eintritt und

daß der Premierminister sich an die Seite Italiens stellt und den Rufus Dr. Brüning's unterstützt. Dies sollte unsere "erklärte" Politik sein.

Diese Politik braucht aber nicht unvereinbar zu sein mit der Rücknahme auf die diplomatischen Schwierigkeiten und den verschiedenen Grad der Entwidlung, den die öffentliche Meinung der verschiedenen Länder erreicht hat. Deshalb wäre es, so meint Keynes, im Interesse einer vereinbarten Regelung für Deutschland der Mühe wert, sein Einverständnis zu erklären, "bestehende und vernünftige" Summen zu bezahlen, wenn dadurch eine Regelung möglich würde.

Der Inhalt des Aufsatzes besagt: Die Lage ist noch nicht reif für eine endgültige Regelung in Lausanne in diesem oder im nächsten Monat.

Es gibt mehrere Gründe, aus denen sie bestimmt unmöglich ist. Europa und Amerika werden von politischer Erregung bedrängt. Besonders können wir angesichts des bevorstehenden Wahlens in Frankreich und in Preußen nicht sein, daß die Staatsmänner weder des einen noch des anderen Landes heute die Augenblicke machen können, die sie vielleicht innerlich als weise erkennen, und die sie in einigen Monaten zu machen imstande sein dürften.

Die Verhältnisse, die in Lausanne zu fallen sind, könnten die folgende Form annehmen:

1. Ein Versprechen der Allierten, Deutschland noch in diesem Jahre einen präzisen und endgültigen Vorschlag für die endgültige Festlegung seiner Verpflichtungen zu machen.

### Adolf Hitler wieder in Berlin

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 15. Januar. Adolf Hitler wird im Laufe des heutigen Tages wieder in Berlin erwartet. Es handelt sich dabei in erster Linie darum, daß er bei einer gerichtlichen Auseinandersetzung mit dem vor einiger Zeit aus der NSDAP. ausgeschiedenen SA-Führer Siennes als Zeuge vernommen werden soll. Zu dem letzten Termin war Hitler nicht erschienen, wurde jetzt aber persönlich geladen und vom Gericht auf die Folgen eines Ausbleibens ausdrücklich hingewiesen. Im Zusammenhang damit verlautet gerüchelt, daß Hitler dem Reichskanzler bei Gelegenheit seines Berliner Aufenthalts die angekündigte Denkschrift überreichen wird, in der er die Gründe auseinandersetzt, die gegen eine Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten durch den Reichstag sprechen.

### Alle Entschlüsse noch vorbehalten

München, 15. Jan. Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. erklärt die Meldungen für völlig unzutreffend, wonach in den Verhandlungen um die parlamentarische Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten seitens der nationalsozialistischen Parteiführer über die Kandidatenfrage für die verfassungsmäßige Volkswahl verhandelt oder auch nur gesprochen worden sei. Was in den Verhandlungen allein zur Erörterung stand, sei die Klärung der verfehlten Brünning-Aktion in einer für die Interessen des deutschen Volkes erträglichen und angemessenen Weise gewesen. Darüber hinaus habe die NSDAP. zur Volkswahl selbst in den Verhandlungen keinerlei Stellung genommen und sich ihre Entschlüsse vorbehalten. Gleichzeitig werden in der nationalsozialistischen Parteiführerschaft Behauptungen, daß General Hitler v. Epp sich im Gegensatz zu Hitler stark für die Aktion Brünning bezüglich einer parlamentarischen Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten ausgesprochen habe, als frei erfunden erklärt.

### Die Reichsregierung an den Völkerbund

Berlin, 15. Januar. Die Reichsregierung hat auf verschiedene Anfragen und Berichte von Wirtschaftsausschüssen der Europa-Kommission und des Völkerbundes aus der letzten Zeit Antworten in Noten an das Generalsekretariat des Völkerbundes erteilt. Sie betont darin, daß alle Vorschläge der Europa-Kommission über eine wirtschaftliche Zusammenarbeit in letzter Zeit durch die Maßnahmen der einzelnen Staaten in das Gegenteil verkehrt wurden. Wenn das so weiter gehe, würden die Handelsbeziehungen in Europa zerfallen und die Grundlagen des wirtschaftlichen Vertrauens zerstört. Der Verlust einzelner Staaten, durch eine Freilegung von Kontingenzen die Einfuhr zu behindern, laufe praktisch auf eine Aufhebung des Systems der Reichbegünstigung hinaus.

### von Hoersch und Tyrrell bei Briand

Paris, 15. Jan. Sowohl der deutsche Vizekanzler von Hoersch als auch der englische Vizekanzler Lord Tyrrell haben am Donnerstag Briand aufgesucht, um ihm im Namen ihrer Regierungen eine baldige und vollkommene Wiederherstellung seiner Gesundheit zu wünschen. Ferner erschienen Finanzminister Hanlin in am Duai d'Orlan, um dem scheidenden Außenminister seine persönliche Sympathie zu bekunden.

### Bergwerksglück in Hindenburg

Hindenburg, 15. Januar. Die Verwaltung der Grube "Königin Luise", Orschel, teilt mit: Wegen Ende der Nachmittagschicht vom 14. Januar, um 10 Uhr abends, entdeckte man in der 200-Meter-Sohle Schumann-Flöz am Hermannsschacht einen brennenden Holzdamm. Beim Versuch, diesen Brand zu löschen, wurden neun Mann durch die Gase getötet. Sieben von ihnen konnten rechtzeitig herausgebracht und ins Knappschaftshospital überführt werden, wo sie sich augenblicklich außer Lebensgefahr befinden. Die anderen zwei Mann konnten leider erst nach zwei Stunden geborgen werden. Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg.

### Drei Menschen vom Schnellzug zermalmt

Dorbrucht, 15. Januar. Auf der bei Dorbrucht über die alte Raab führenden Eisenbahnbrücke wurden drei holländische Landmesser von einem Eisenbahnzug erlegt und auf der Stelle getötet.

Die Landmesser nahmen in der Umgebung von Zwijndrecht Vermessungen für den Bau einer neuen Raabbrücke vor. Sie befanden sich auf dem Heimwege nach Dorbrucht, wobei sie zur Verkürzung des Weges die Eisenbahnbrücke benutzten. Um dem ihnen entgegenkommenden Zuge auszuweichen, begaben sie sich auf das Nebengleis. Sie überhörten das Geräusch des Gegenzuges. Ein vierter Mann, der in ihrer Begleitung war, sprang im letzten Augenblick auf die Seite, kamerte sich aus Brückengeländer und wurde so vor dem Tode bewahrt.

### Nochmal Verschiebung der Tributkonferenz?

Berlin, 15. Januar. Die Frage der Vertagung der Tributkonferenz scheint in diplomatischen Kreisen bereits eine weit größere Rolle zu spielen, als selbst in der französischen und der englischen Presse zum Ausdruck kommt. Vermutlich

### Einigen zwischen Paris und London schon Verhandlungen über die Frage statt.

Es besteht auch die Möglichkeit, daß der französische Ministerpräsident Laval in der außenpolitischen Rede, die er am Dienstag nächster Woche halten wird, den Vorschlag einer kurzfristigen Verschiebung der Lausanner Konferenz macht. Das würde die noch stärkere Verküpfung der Tributkonferenz mit der Abrüstungskonferenz bedeuten, wenn etwa am 2. Februar die Abrüstungskonferenz beginnt und, wovon in diplomatischen Kreisen tatsächlich die Rede ist, der Beginn der Konferenz von Lausanne auf den 8. oder 10. Februar verschoben wird.

### Gegen jedes Verschleppungsmanöver

Berlin, 15. Januar. In den in einem Teile der ausländischen Presse umlaufenden Gerüchten über eine Verschiebung der Konferenz von Lausanne wird in unterrichteten Kreisen mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß der Standpunkt der deutschen Regierung sich in dieser Frage in keiner Weise geändert hat. Es kann nur immer wieder betont werden, daß angesichts der im Völkervertrag festgestellten "Gesetz im Vertrag" eine Verschiebung der Konferenz nicht stattfinden darf und der angekündigte Termin unbedingt eingehalten werden muß.